

Befragung der Bundestagskandidaten/innen

hier: Schutzgemeinschaft A 57

zu Frage 1)

Aus meiner Sicht müssen wir uns generell fragen, wie eine zukunftsfähige Mobilität – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Klimawandels und der zur Neige gehenden Öl- und Gasreserven - aussehen kann. Deswegen, aber auch aus Gründen des Schutzes vor zunehmenden Lärm- und Abgas-Emissionen, plädieren wir für eine flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h auf Autobahnen und lehnen den Ausbau der A 57 ab. Soweit keine unmittelbare Einflussnahme über eine Regierungsbeteiligung gegeben ist, werde ich mich in Berlin dafür einsetzen, dass zumindest Mittel für die Tunnel–Trog–Lösung bereitgestellt werden. Das wäre dann optimal für den gesundheitlichen Schutz und unter dem städtebaulichen Aspekt.

zu Frage 1.a)

Den Bundestagsabgeordneten stehen unterschiedliche Instrumente zur Verfügung, um sich bei wichtigen Themen mehr Gehör zu verschaffen. Zugunsten Ihres Anliegens würde ich bei eigenen Pressemitteilungen und Reden zur Verkehrspolitik die Notwendigkeit zu Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen, zum baulichen Lärmschutz und zum Schutz vor den verkehrlich bedingten gesundheitlichen Beeinträchtigungen immer am Beispiel der A 57 in Krefeld erläutern. Ich würde Ihr Anliegen – Tunnel-Trog-Lösung – der zuständigen verkehrspolitischen Sprecherin / dem zuständigen verkehrspolitischen Sprecher meiner Fraktion bei allen in Betracht kommenden Verhandlungen und Debatten – etwa den Verhandlungen zum Bundesverkehrswegeplan und zum Haushalt – an die Hand geben. Ich würde aber unser gemeinsames Ziel beispielsweise auch zum Gegenstand von parlamentarischen Anfragen machen. Schließlich würde ich die fachlich zuständigen Kolleginnen und Kollegen zu einem Ortstermin nach Krefeld einladen, um sich ein Bild von der Situation vor Ort machen zu können.

Übrigens steht aus meiner Sicht auch ein Oberbürgermeister soweit im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit, dass er sich – anders als Herr Kathstede dies offenbar beabsichtigt – auch eigener Instrumente bedienen könnte. Ein OB könnte zumindest das direkte Gespräch mit den örtlichen Abgeordneten suchen und auch Bundespolitiker/innen der CDU für eine Tunnel-Trog-Lösung zu gewinnen versuchen.

zu Frage 2)

Der Einsatz für eine nachhaltige Mobilität, für den Schutz vor verkehrsbedingten gesundheitsschädlichen Belastungen, für flächendeckende

Geschwindigkeitsbegrenzungen und für baulichen sowie sonstigen Lärmschutz ist allgemeines Anliegen der GRÜNEN.

zu 3)

Selbstverständlich würde ich mich im Falle von Koalitionsverhandlungen – wie auch als Oppositionspolitiker – im Sinne der unter Frage 1 dargestellten Position nachdrücklich einbringen.

zu Frage 4)

Wichtig wäre mir, dass die fachlich gegebenenfalls zuständigen Ministerinnen oder Minister die Situation vor Ort kennenlernen würden. Insofern würde ich sie sehr bald nach Krefeld einladen, um sich von der Schutzgemeinschaft, betroffenen Anwohner/innen und entsprechend engagierten Lokalpolitikern/innen der GRÜNEN die Situation vor Ort erläutern zu lassen. Anschließend würde ich selbstverständlich „am Ball bleiben“, um eine Lösung in Ihrem Sinne tatsächlich hin zu bekommen.